Bezugspreis:
Für Dresden vierteljährlich 2 Mark 50 Pf., bei den Kaiserlich deutschen Postanstalten vierteljährlich 3 Mark; außerhalb des Deutschen Reiches Post- und Stempelzuschlag. Einzelne Nummern: 10 Pf.

Erscheinen:
Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage abends.
Fernspr.-Anschluß: Nr. 1295.

Dresdner Journal.

Ankündigungsgebühren:
Für den Raum einer gespaltenen Zeile kleiner Schrift 20 Pf. Unter „Eingesandt" die Zeile 50 Pf.
Bei Tabellen- und Ziffernsatz entsprechender Aufschlag.

Herausgeber:
Königliche Expedition des Dresdner Journals
Dresden, Zwingerstr. 20.
Fernspr.-Anschluß: Nr. 1295.

№ 161. Dienstag, den 14. Juli, abends. **1896.**

Diejenigen Bezieher unseres Blattes,
welche dasselbe von hier aus nach einem andern Aufenthaltsort nachgesendet zu haben wünschen, bitten wir, mit der bezüglichen Bestellung gleichzeitig die an die Post zu entrichtende Überweisungsgebühr einsenden zu wollen. Dieselbe beträgt im ersten Monat eines Vierteljahres 60 Pfg., im zweiten Monat 40 Pfg. und im dritten Monat 20 Pf.

Auf ausdrücklichen Wunsch besorgen wir die Nachsendung unter Kreuzband. Die Gebühren hierfür richten sich nach dem Gewicht der einzelnen Sendungen.

Königl. Expedition des Dresdner Journals.

Amtlicher Teil.

Dresden, 13. Juli. Mit Allerhöchster Genehmigung ist der Privatdozent an der Universität Leipzig Dr. Wilhelm Schön zum außerordentlichen Professor in der medizinischen Fakultät der Universität Leipzig ernannt worden.

Ernennungen, Versetzungen rc. im öffentlichen Dienste.

Departement der Finanzen. Forstverwaltung. Der Oberförster und Verwalter des Reichenbacher Reviers im Forstbezirke Grillenburg, Wilhelm Arthur Jordan, ist in gleicher Eigenschaft auf das Marbacher Revier in demselben Forstbezirke versetzt worden.

Departement des Innern. Vom Monat Juni dieses Jahres ab ist dem vormaligen Diätisten bei der Kreishauptmannschaft Dresden Richard Albin Hengst die Stelle eines Büreauassistenten an der hiesigen Frauenklinik übertragen und der vorher bei der I. Rechnungs-Expedition des Ministeriums des Innern beschäftigt gewesene Expedient Friedrich Oswald Trommer als Kassen- und Rechnungsführer an die genannte Frauenklinik versetzt worden.

Departement des Kultus und öffentlichen Unterrichts. Zur Erledigung kommt: die Schulstelle in Heiligenborn. Kollator: die oberste Schulbehörde; Einkommen — außer freier Wohnung, Honorar für Fortbildungsschule und Gartengenuß — 1000 M. Bewerbungsgesuche sind bis 2. August an den K. Bezirksschulinspektor Schulrat Mashacke in Döbeln einzureichen; — den 1. Oktober die Kirchschulstelle zu Rennersdorf. Kollator: das K. Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts. Einkommen: neben freier Amtswohnung mit Garten 1000 M. vom Schuldienste, 507 M. 69 Pf. vom Kirchendienste und 72 M. für Erteilung des Unterrichts in der Fortbildungsschule. Bewerbungsgesuche unter Beifügung des Zeugnisses auch über die musikalische Prüfung sind bis zum 27. Juli bei dem K. Bezirksschulinspektor Zimmler in Löbau einzureichen.

Nichtamtlicher Teil.

Die allgemeine Weltlage

ist, darüber kann kein Zweifel bestehen, gegenwärtig als eine offenbar friedliche zu charakterisieren.

Vor allem sind es die günstigen Nachrichten aus Kreta, welche die politische Situation günstig beeinflußt haben. Denn von Tag zu Tag wird es deutlicher, daß bei den kretensischen Aufständischen die Vernunft über ihre hochfliegenden Pläne den Sieg davongetragen hat und daß sie entschlossen sind, die Versprechungen anzunehmen, die ihnen durch die Türkei angeboten worden sind und deren Einhaltung durchzusetzen die Mächte gewiß besorgt sein werden, — soweit der Türkei gegenüber überhaupt etwas durchzusetzen ist. Eine unbedingte Voraussetzung für den weiteren Ausbau der gegenwärtigen günstigeren Verhältnisse ist selbstverständlich die Fortdauer der Einigkeit der Großmächte in ihren Maßnahmen sowohl der Türkei als auch Griechenland gegenüber. Besonders darauf wird es ankommen, den Hellenen mit der größten Bestimmtheit die Überzeugung beizubringen, daß die Großmächte in keiner Weise geneigt sind, sich ihre wohlerwogene, allen europäischen Völkern zu gute kommende Aktion zu Gunsten des Weltfriedens von einem Staate wie Griechenland durchkreuzen zu lassen. Jedenfalls ist schon damit viel gewonnen, daß, wie nun als sicher angenommen werden kann, die kretensische Nationalversammlung zusammentreten wird. Daß es in dieser Nationalversammlung heiß hergehen wird, daß man sich wahrscheinlich in der Versammlung selbst nicht nur auf das Gewicht der Gründe verlassen, sondern auch zu handgreiflicheren Argumenten seine Zuflucht nehmen wird, ist leicht vorauszusehen. Ein solches Verfahren ist eben bei jenen glücklichen Nationen auch etwas durchaus Selbstverständliches, und daher wird man sich über etwaige Vorgänge auf dem parlamentarischen Schlachtfelde nicht sonderlich zu erregen haben. Das Ende vom Liede wird aller Wahrscheinlichkeit nach in ganz annehmbaren Akkorden ausklingen. Höchst erfreulich ist aber die Wirkung der jüngsten Vorgänge auf Kreta auch insofern, als mit dem Niedergehen der dortigen Flammen offensichtlich auch das in andern Gegenden des osmanischen Reiches auflodernde Feuer der Empörung zu verlöschen beginnt und damit gleich eine ganze Reihe von schweren Besorgnissen für den Sultan und seine Ratgeber auf dem besten Wege ist, von der Tagesordnung zu verschwinden.

Als ein schwerwiegendes Symptom für die friedliche Gestaltung der Weltlage wird allseitig auch die deutsche Zusage der Beteiligung an der Pariser Weltausstellung im Jahre 1900 aufgefaßt. Vor Optimismus in der Beurteilung der deutsch-französischen Beziehungen zu warnen, ist kaum noch erforderlich. Man wird wenige Leute in Deutschland finden, die sich darüber einer Illusion hingeben könnten, daß unser Verhältnis zu dem westlichen Nachbar auch jetzt noch auf des Messers Schneide steht. Die Versicherung, daß nur ein kleiner Bruchteil der französischen Nation noch die chauvinistischen Gesinnungen pflege, ist an sich ebenfalls durchaus nicht geeignet, irgend welche Vertrauensseligkeit bei uns wachzurufen. Denn dieser kleine Bruchteil der Franzosen hat, wie wir wissen, vollständig die Macht, die ganze übrige Nation im entscheidenden Momente hinter sich herzuziehen, und von einem festen Willen der maßgebenden Stellen in Frankreich, dem Treiben dieses Bruchteils energisch entgegenzutreten, ist bisher noch nie etwas zu bemerken gewesen. Trotz alledem aber darf man wohl daran festhalten, daß auch in dieser Frage Zeit gewonnen, Alles gewonnen bedeutet. Je länger das friedliche Nebeneinanderwohnen der beiden benachbarten Nationen andauert, um so geringer muß schließlich die Gefahr des Zusammengeratens werden. Zeit aber ist zweifellos wieder gewonnen, wenn die geistigen und materiellen Kräfte der Franzosen durch die Vorbereitungen für das Friedenswerk ihrer Ausstellung schon jetzt auf Jahre hinaus festgelegt werden. Und vielleicht dämmert doch auch in einigen chauvinistischen Köpfen das Bewußtsein, daß Deutschlands Zusage, sich an dem Friedenswerke auf französischem Boden zu beteiligen, wenigstens für die auf unserer Seite bestehenden friedlichen Neigungen etwas gewichtiges Wort spricht.

Die noch vorhandenen chauvinistischen Neigungen der Franzosen zu fördern, ist jedenfalls auch der Empfang durchaus ungeeignet, den gegenwärtig deutsche Marineoffiziere und Soldaten in Rußland finden. Derartige freundliche Worte und Thaten zwischen Angehörigen der deutschen und der russischen Wehrmacht, wie man sie jetzt aus St. Petersburg und Kronstadt berichtet, sind jedenfalls seit langer Zeit nicht gewechselt worden. Auf die auch schon aus anderen Umständen ersichtlich gewordenen guten Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland werfen diese Vorgänge jedenfalls ein deutliches Licht. Und in demselben Maße, wie sich diese Beziehungen verbessern, schrumpfen die Hoffnungen der Chauvinisten an der Seine zusammen.

Tagesgeschichte.

Dresden, 14. Juli. Mehrere Tagesblätter haben vor kurzem die Notiz gebracht, daß bis Ostern 1897 in allen sächsischen Volksschulen einheitliche Lehrbücher eingeführt werden sollen. Diese Mitteilung beruht auf Irrtum. Richtig ist folgendes. Um eine größere Übereinstimmung der Schulbücher herbeizuführen, hat die oberste Schulbehörde gemäß ihrer Erklärung bei den Verhandlungen des Landtags 1891/92 in einem Verzeichnisse alle diejenigen Schulbücher zusammenstellen lassen, die in den einfachen Volksschulen fortan ausschließlich benutzt werden sollen, und bei der Veröffentlichung desselben im Februar 1893 zugleich die Bestimmung getroffen, daß die in ihm unerwähnten, damals noch gebräuchlichen Schulbücher innerhalb der nächsten vier Schuljahre zu beseitigen seien. Diese vierjährige Frist, worin sich die fragliche Reform der Hauptsache nach bereits vollzogen hat, läuft zu Ostern 1897 ab.

Deutsches Reich.

* Berlin. Se. Majestät der Kaiser sind am Sonnabend in Marsijaeren eingetroffen. Während des Sonntags lag die „Hohenzollern" bis nachmittags daselbst vor Anker. Vormittags hielten Se. Majestät den Gottesdienst ab und widmeten den ganzen übrigen Tag der Erledigung von Regierungsgeschäften. Nachmittags fuhr die „Hohenzollern" nach Lärdalsören. Gestern vormittag unternahmen der Kaiser einen längeren Spaziergang an Land.

— Nach der im Reichs-Eisenbahnamt aufgestellten Nachweisung der auf deutschen Eisenbahnen — ausschließlich Bayerns — im Monat Mai d. J. vorgekommenen Betriebsunfälle waren zu verzeichnen: Entgleisungen auf freier Bahn 10, Entgleisungen in Stationen 17, Zusammenstöße auf freier Bahn —, Zusammenstöße in Stationen 4, sonstige Betriebsunfälle 125, zusammen 156. — Dabei wurden 32 Personen getötet und 112 verletzt (darunter 5 bez. 25 Reisende).

— Gegenüber den neuerdings wieder aufgetauchten Klagen über Schwierigkeiten im Zollverkehr mit Rußland dürfte es sich empfehlen, in Erinnerung zu bringen, wie bei Beschwerden über Zollschwierigkeiten in Rußland zu verfahren ist. In dieser Beziehung muß es im allgemeinen den Beteiligten überlassen bleiben, Zollbeschwerden auf dem in Rußland vorgeschriebenen Instanzenwege (Zolldepartement, Finanzministerium, dirigierender Senat) selbst zu verfolgen. In schwierigeren Fällen oder in solchen, die eine besondere Beschleunigung des Verfahrens wünschenswert erscheinen lassen, wird es sich, solange die Beschwerde noch der Entscheidung des Kaiserlich Russischen Zolldepartements unterliegt, empfehlen, das Kaiserliche Deutsche Konsulat in St. Petersburg, das auf Grund der Bestimmung des Schlußprotokolls zum deutsch-russischen Handelsvertrag mit dieser Behörde unmittelbar verkehren darf, um seine Unterstützung zu bitten. Diejenigen Beschwerden, die bei dem Zolldepartement in St. Petersburg bereits eine ungünstige Entscheidung gefunden haben, können geeignetenfalls von Berlin aus unterstützt werden. Die bezüglichen Eingaben sind in diesen Fällen an das Auswärtige Amt zu richten.

— Für einen Tag dieser oder der nächsten Woche wird man auf die Veröffentlichung des von Preußen als Antrag beim Bundesrate eingebrachten Gesetzentwurfs über die Handwerksorganisation im „Reichsanzeiger" rechnen können. Es wird nicht nur der Wortlaut des Entwurfs, sondern auch die ihm beigegebene Begründung mitgeteilt werden. Sobald die Veröffentlichung vor sich gegangen sein wird, wird das jetzt schon organisierte Handwerk für die weiteste Verbreitung des Entwurfs in den Handwerkerkreisen Sorge tragen. Nachdem die einzelnen Interessenten unterrichtet sein werden, werden die einzelnen Korporationen beraten, und erst wenn diese zu endgiltigen Beschlüssen gelangt sein werden, wird eine allgemeine Handwerkerkonferenz Nord- und Süddeutschlands zusammentreten. Diese Konferenz ist für den Anfang September in Aussicht genommen.

— Während des Vierteljahres vom 1. April bis 30. Juni 1896 haben 4178 Schiffe mit einem Nettoraumgehalt von 400 886 Registertonnen den Kaiser Wilhelm-Kanal benutzt und an Gebühren zusammen 221 856 M. entrichtet. Davon entfielen auf den Monat Juni 1624 Schiffe mit 146 393 Tonnen Raumgehalt, welche 82 308 M. Gebühren zahlten.

— Über die Beteiligung Deutschlands an der Pariser Weltausstellung schreibt der „Straßb. Post" ihr Pariser Mitarbeiter folgendes: Die Nachricht, daß die deutsche Regierung amtlich die Beteiligung des Deutschen Reiches an der Pariser Weltausstellung 1900 angemeldet hat, wird in den vorurteilsfreien Kreisen Frankreichs, die sich in ihrem ruhigen Urteil nicht durch die wechselnden Strömungen einer unruhigen Tagespresse beeinflussen lassen, mit Befriedigung aufgenommen werden. Nicht als ob man eine chauvinistische Genugthuung darüber empfände, daß sich Deutschland auch an den Triumphwagen der edeln Lutetia spanne, sondern die Freunde des Friedens und der Völkerversöhnung begrüßen die hochherzige Entschließung der deutschen Regierung als einen höchst erfreulichen Fortschritt auf der Bahn des Ausgleichs der Mißverständnisse, die sich zwischen den beiden geistig so nahe verwandten Völkern aufgehäuft haben. Es muß von hier aus zugegeben werden, daß der Entschluß auf deutscher Seite nicht leicht gewesen sein mag. Von der Austreibung der Deutschen im Jahre 1870 bis zu den chauvinistischen Hetzereien der allerneuesten Zeit zieht sich eine Kette von Feindseligkeiten, mit denen die Deutschen und ihre Habe bedroht und getroffen worden sind. Wer bürgt den Deutschen dafür, daß in dem internationalen Gewühl des Jahres 1900 diese erbärmlichen kleinlichen Treibereien und Bedrohungen nicht vorkommen? Wenn diese Frage jetzt in Deutschland aufgeworfen wird, so ist sie nach all' dem Vorgekommenen nur zu berechtigt. Aber wie im geschäftlichen und persönlichen Verkehr nichts vorwärts gehen würde, wenn das Vertrauen fehlte, so ist es auch im Leben der Völker. Die deutsche Politik Frankreich gegenüber seit dem großen Kriege ist stets eine Politik des Vertrauens, des Wohlwollens und der Versöhnlichkeit gewesen. Die Beschickung der Pariser Weltausstellung von 1900 krönt dieses Vertrauenswerk. Vor dieser That wird manche scharfe Waffe zur Erde sinken, und man wird sich in Frankreich bei ruhiger leidenschaftsloser Ueberlegung sagen, daß in unseren aufgeklärten zivilisierten Zeiten auf die Dauer dem mächtigen Andrängen der Friedenssehnsucht doch nichts zu widerstehen vermag. Auf dem Haupte des französischen Chauvinismus wird durch diese Entschließung Deutschlands eine ansehnliche Menge feuriger Kohlen angesammelt. Wer so viel Vertrauen erhält, muß sich dieses Vertrauens würdig zeigen. An der treuen Meinung der leitenden Kreise in Regierung und Ausstellung ist keinen Augenblick zu zweifeln. Man wird die Deutschen auf das Zuvorkommendste

Kunst und Wissenschaft.

Japans moderne Zivilisation.

Die lebhaften Sympathien, welche man in Europa, namentlich auch in Deutschland, den Japanern während ihrer siegreichen Kämpfe mit China entgegengebracht hat, sind bald recht sehr gemindert worden durch die Befürchtung, daß in dem Volke des Ostens, das sich im Verlaufe weniger Jahrzehnte die Vorteile der westlichen Kultur in bewundernswerter Weise zu nutze zu machen verstanden hat, den Kulturstaaten von West- und Mitteleuropa ein gefährlicher Konkurrent auf dem Gebiete des Handels und der Industrie erstehen werde. Daß diese Gefahr vorhanden ist, läßt sich nicht leugnen, denn in manchen Erscheinungen hat sie sich dem europäischen Handel in Ost- und Südostasien schon fühlbar gemacht; doch fehlt es auch nicht an Anzeichen, daß ihr begegnet werden kann, ohne daß es nötig ist, dem aufstrebenden Volke in einer Weise entgegenzutreten, die es als eine Verletzung seiner berechtigten Gefühle empfinden müßte. Am besten werden die europäischen Industrie- und Handelsvölker die richtige Stellung zum heutigen Japan finden, wenn sie sich daran gewöhnen, dieses Land als einen zivilisierten Staat im Sinne der Gegenwart zu betrachten und zu behandeln, nicht minder wie die Republiken Mittel- und Südamerikas, denen Japan in vielen Beziehungen schon überlegen ist. Von diesem Gesichtspunkte aus erregt für uns Deutsche eine Schrift Interesse, die jüngst Dr. L. Lönholm unter dem Titel „Japans moderne Zivilisation. Ein Beitrag zur ostasiatischen Frage" (Tokyo, 1896) herausgegeben hat. Der Verfasser, welcher seit sechs Jahren in Japan, wo er als Professor an der Kaiserl. Universität zu Tokio deutsches Recht lehrt, die japanische Sprache theoretisch und praktisch studiert und mit und in dem Volke lebt, giebt darin dem deutschen Publikum in kurzen Zügen ein Gesamtbild der japanischen Lebensverhältnisse, wie sie sich im Laufe der letzten Jahrzehnte unter dem Einflusse der europäischen Kultur gestaltet haben.

Nicht freiwillig haben die Japaner seit 1854 ihr Land dem europäisch-amerikanischen Verkehr geöffnet, und auch dann ließen sie ihn nur in wenigen, durch Verträge bestimmten Häfen zu. Rings um diese Küstenplätze wurde eine Grenzlinie gezogen, die noch jetzt kein Fremder ohne besondere Erlaubnis der japanischen Regierung überschreiten darf, und ebenso ist es bei strenger Strafe keinem Japaner gestattet, ohne Genehmigung der Regierung in den „Settlements" der Fremden zu wohnen. In den Vertragshäfen entwickelte sich bald ein außerordentlich lebhafter Handel zwischen Japanern und Europäern, der von seiten der letzteren seine feste Grundlage in zahlreichen europäischen Handelshäusern, vor allen englischen und deutschen, fand, die sich dort ansässig machten. Trotzdem blieb ein unfreundliches, ja fast feindseliges Verhältnis zwischen den fremden Kaufleuten und der einheimischen Bevölkerung bestehen, hauptsächlich deshalb, weil jene, stolz auf ihre Zugehörigkeit zur weißen Rasse, keinerlei Verkehr außer dem geschäftlichen mit ihren Geschäftsfreunden von der „gelben Rasse" unterhielten, was diese mit Mißtrauen gegen die Fremden erfüllte. Aber mit der europäischen Kultur machten sich die Japaner bekannt, besonders nachdem 1867 der eigentliche Herr des Landes, der Mikado, die ihm seit Jahrhunderten vom Reichsverweser, dem Schogun, vorenthaltenen Rechte zurückgewonnen hatte, und jetzt verlangt die ganze Nation, daß ihr die Fesseln, welche ihr bei der gewaltsamen Erschließung des Landes angelegt worden sind, abgenommen werden und demgemäß die fremde Gerichtsbarkeit in ihrem Lande wegfalle. Man kann der Nation ein solches Verlangen nicht verargen. Sie kann darauf hinweisen, daß sie den Anforderungen der modernen Zivilisation Genüge leistet. Die Feindschaft gegen das Christentum, die man ihr nachgesagt hat, besteht nicht. Seit Jahrzehnten wird das Christentum in Japan völlig frei gepredigt; der Präsident des höchsten Gerichts, der Präsident des ersten japanischen Parlaments, der japanische Gesandte in Berlin und eine ganze Anzahl von Parlamentsmitgliedern, Richtern und Professoren sind Christen. Allerdings findet sich gegenwärtig in den breiten Schichten der Bevölkerung nur wenig Neigung, das Christentum anzunehmen, teils wegen der starken Verbreitung, welche der Konfuzionismus mit seiner nüchternen, aller religiösen Elemente baren Weltanschauung unter den Gebildeten gefunden hat, teils infolge der zum Zweifel herausfordernden Mannigfaltigkeit der Formen, in welchen ihnen die christliche Religion von den Missionaren der verschiedenen christlichen Kirchen dargeboten wird. Tritt aber einer über, so kümmert sich niemand weiter darum. Erst in neuerer Zeit hat sich eine besondere buddhistische Partei unter den Gelehrten gebildet, die der christlichen Propaganda scharf abwehrend entgegentritt, aber nur mit den Waffen des Geistes. Im Verkehr zeigt selbst der gewöhnliche Mann eine außerordentliche Feinfühligkeit, er begegnet dem andern mit ungewöhnlichem Takt und auffallendem Verständnis. Die Frauen der höheren Stände geben in echter Weiblichkeit den Frauen keiner anderen Nation etwas nach. „Abgesehen von den untersten Klassen der Bevölkerung, die, lange vernachlässigt, nach den Eindruck einer gewissen Geistesträgheit machen, ist der Japaner von schneller Auffassung, logisch, scharfsinnig, kritisch, zuweilen überkritisch, ein sorgfältiger Beobachter, außerordentlich geschickt in der Nachahmung, weniger geschickt in der originellen Schöpfung." Dagegen besitzen im Vergleiche mit dem Mittel- und Nordeuropäer sein Gehirn und sein Körper überhaupt bei anhaltender scharfer Anspannung eine geringere physische Widerstandsfähigkeit.

Verfassung, Verwaltung und öffentliche Einrichtungen Japans zeigen einen durchaus modernen Charakter. Der Staat ist eine regelrechte konstitutionelle Monarchie mit einer der deutschen sehr ähnlichen Verfassung, die vom Herrscher dem Volke freiwillig verliehen worden ist. Wenn auch in den ersten Jahren im Parlamente viel Zeit mit unnützen Zänkereien verschwendet wurde — auch in älteren Parlamenten geschieht dies ja mitunter noch —, so hat sich doch die Volksvertretung mit überraschender Schnelligkeit in ihre parlamentarische Thätigkeit eingearbeitet. An dem Eifer, mit welchem die japanischen Abgeordneten für die Verstärkung und Vervollkommnung ihrer Kriegsflotte eintreten, könnte sich mancher deutsche Volksvertreter ein Beispiel nehmen. Die Finanzen des japanischen Staates sind vorzüglich geordnet. Vor der Kontrahierung von Schulden bei europäischen Finanzmächten, die für so viele außereuropäische Staaten verhängnisvoll geworden ist, hat sich die Regierung möglichst gehütet, so daß 1893 von der gesamten 286 Millionen Yen betragenden Staatsschuld nur 3 Millionen im Auslande aufgenommen waren. Auch die Kriegsanleihen sind insgesamt im Inlande aufgenommen worden. Wunderbar ist die Leichtigkeit, mit welcher sich nach dem Sturze der Regierung des Schogums die Umwandlung des Feudalstaates in einen Staat mit europäischen Verwaltungsformen, in denen Zentralisation und Selbstverwaltung ineinander greifen, vollzogen hat. Deutschland hat in dieser wie in mancher anderen Beziehung, im Militärwesen nach dem Aufhören der französischen Einwirkung, in der Rechtspflege, dem Gefängniswesen, den Polizeieinrichtungen und der öffentlichen Gesundheitspflege, vielfach als Vorbild gedient. Das Unterrichtswesen ist von der einfachen Volksschule bis zur Universität gut geordnet. Der Schulzwang ist eingeführt, doch machen die Verhältnisse noch viele Ausnahmen nötig.

Seit der Eröffnung des Landes für die Fremden hat sich der Anteil Japans am Welthandel schnell gehoben.

SLUB
Wir führen Wissen.